

Dr. Hans Christoph Atzpodien, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie

Die Reden von Bundeskanzler und Bundesverteidigungsministerin zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik am 12. und 16.09.2022 - eine Dokumentation und Kommentierung seitens des BDSV

Vorab: Anders als in zurückliegenden Zeiten kann man der Bundesregierung derzeit wirklich nicht vorwerfen, dass sie zu wenig über Sicherheit und Verteidigung reden würde – ganz im Gegenteil. Den eindrucksvollen und kraftvollen Auftakt bildete die Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 27.02.2022 als unmittelbare Reaktion auf den russischen Einmarsch in die Ukraine, gefolgt von der parlamentarischen Umsetzung des Bundeswehr-Sondervermögens in Höhe von 100 Mrd. Euro. Weil sich jedoch verschiedene offene Fragen herausgebildet hatten, u.a. nach der Umsetzung des Versprechens, von nun an in jedem Jahr mehr als 2 % des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben, äußerten sich Kanzler und Verteidigungsministerin ab Ende August gleich mehrfach zu Themen der Sicherheit und Verteidigung. Am 29.08. sprach der Kanzler darüber in seiner Prager Europa-Rede. Am 12.09. hielt die Bundesverteidigungsministerin eine „Grundsatzrede“ bei der DGAP und nur vier Tage später legte der Kanzler mit einer Rede bei der Bundeswehrtagung noch einmal nach.

Dabei lassen sich aus den beiden letzten, dezidiert verteidigungspolitisch ausgerichteten Reden der Bundesverteidigungsministerin und des Bundeskanzlers jeweils drei Kernbotschaften herauslesen.

Erstens: Es hat aufgrund der „Zeitenwende“ ein Umdenken gegeben, das anhalten soll

Ministerin Lambrecht sagte hierzu: *„Mit unseren alten Selbstbildern ist die Zukunft unserer Kinder und Enkel in Frieden und Freiheit nicht mehr zu garantieren. Deswegen sage ich ganz klar: Wer eine Zukunft in Freiheit und Frieden will, der muss jetzt umsteuern. Der muss Sicherheit, ja, auch die militärische Sicherheit, als ganz zentrale Aufgabe dieses Landes begreifen – und danach handeln. Sicherheit wird wieder zur zentralen Staatsaufgabe. Aus einem Guss, über die Ressortgrenzen hinweg, so wie es der Begriff ‚Integrierte Sicherheit‘ zeigt. ... Als Verteidigungsministerin kann ich sagen: gerade die Bundeswehr wird in Zukunft eine wichtigere Rolle in unserem politischen Denken und Handeln spielen. Wir hatten uns daran gewöhnt, unsere Streitkräfte ausschließlich als Akteur bei Kriseneinsätzen im Ausland oder in der Amtshilfe – Corona, Hochwasser, Waldbrände – wahrzunehmen. Diese Zeit ist vorbei. Wir müssen die Bundeswehr wieder als zentrale Instanz für unsere Daseinsvorsorge betrachten. Und zwar jeden Tag. Unsere Streitkräfte sind dabei nicht nur unsere eigene Rückversicherung. Sie sind unser Beitrag in einen gemeinsamen Topf, aus dem wir alle in Europa und im atlantischen Raum Sicherheit schöpfen. Im Kalten Krieg waren wir der größte Nutznießer dieses Arrangements. Heute müssen wir einer der größten Bereitsteller von Kräften sein. Und ich*

will an dieser Stelle, gerade weil in diesen Stunden auch die aktuelle Diskussion darüber geführt wird: Sind wir bereit diese Zusagen, die wir gemacht haben – innerhalb der NATO, für unsere Verbündeten – können sie sich darauf verlassen, so wie wir uns darauf verlassen haben im Kalten Krieg? Darauf, dass unsere Verbündeten zu uns stehen? Da sage ich als Verteidigungsministerin ganz klar: Das muss gewährleistet werden! “

Bundeskanzler Scholz nannte die Ursache für dieses Umsteuern in seiner Rede nochmals sehr klar beim Namen: *„Zu einer strategischen Bestandsaufnahme gehört eine ungeschönte Analyse der Ausgangslage. Ich habe Russlands Krieg als Zeitenwende beschrieben, weil er weit über das hinausgeht, was wir an Kriegen und Konflikten seit Ende des Kalten Kriegs in und um Europa erlebt haben. Hier macht eine hochgerüstete Nuklearmacht den Versuch, Grenzen in Europa mit Gewalt neu zu ziehen. Käme Russland damit durch, unser Frieden in Europa wäre auf lange Zeit dahin. Daran kann nur jemand zweifeln, der nicht hört und liest, was Präsident Putin sagt und schreibt. Er will Russland in Europa als imperiale Macht etablieren - und zwar mit den Landkarten des Zarenreichs oder der Sowjetunion im Kopf. Für uns heißt das: Wir müssen uns darauf einstellen, dass Putins Russland sich auf absehbare Zeit in Gegnerschaft zu uns, zur NATO und zur Europäischen Union definiert, die Putin übrigens nie als maßgeblichen politischen Akteur akzeptiert und immer bekämpft hat. Eine gut ausgerüstete Bundeswehr, die ihren Auftrag zum Schutz unseres Landes erfüllen kann, ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Dafür stehe ich als Bundeskanzler, und darauf können Sie sich verlassen.“*

Zweitens: Die Bundeswehr soll für Landes- und Bündnisverteidigung als Kernaufgabe fit gemacht werden und bekommt dafür das Geld, das sie braucht

Ministerin Lambrecht formulierte es wie folgt: *„Die Ukraine heute existiert nur deswegen, weil sie sich militärisch wehren kann. Wir müssen daraus die Lehre ziehen: Wir selbst brauchen starke, kampfbereite Streitkräfte, damit wir uns und unser Bündnis zur Not verteidigen können. Das ist eben im Jahr 2022 kein theoretisches Gedankenspiel mehr. Es ist eine Realität unserer Politik. Für die Nationale Sicherheitsstrategie heißt das: Die Bundeswehr ist nicht nur als Haushaltsposten, sondern auch konzeptionell eine vorrangige Institution der Sicherheitsvorsorge. Und nicht etwa ein Nebenthema. Kein verschämtes: Die Bundeswehr gibt es auch. Sie muss in den Fokus gerückt werden. Das muss uns allen bewusst sein. Wir streiten ums Geld, auch wieder während der Haushaltsdebatte letzte Woche – selbstverständlich – aber wir müssen uns vor allem um das streiten, was wir tun wollen und müssen. Die eigentliche Zeitenwende findet nämlich nicht zu allererst im Portemonnaie statt, sondern im Kopf. Und wir alle wissen, dass dort die Veränderung am schwierigsten hinzubekommen ist. Umdenken tut weh. ... Mit Blick auf die Bundeswehr stehen Landes- und Bündnis-Verteidigung künftig an erster Stelle unserer Prioritätenliste. Kerngeschäft ist wieder Kerngeschäft! Wir werden natürlich auch weiterhin Internationales Krisenmanagement, also Auslandseinsätze, stemmen müssen. Auch sie dienen weiterhin unserer Sicherheit. Aber die Schwerpunkte liegen klar auf der Hand. Wir sind bereits dabei, die Strukturen der Bundeswehr entsprechend anzupassen. Zum Beispiel mit dem neuen*

Territorialen Führungskommando. Wir werden mehr Geld für Verteidigung ausgeben müssen. Eine Frage der Generationengerechtigkeit ist nicht für schmales Geld zu haben. Moderne Streitkräfte sind kosten Geld. Sie erzeugen hohe Betriebskosten für Personal und Gerät, für Liegenschaften und Modernisierungen, für mehr Ausbildung, mehr Flugstunden, mehr Munition und für bessere Versorgung – von der Verpflegung bis zum Sanitätsdienst. Wenn die Zeitenwende nachhaltig sein soll, wenn die Zukunftsaufgabe Sicherheit gelingen soll, dann werden wir noch mehr für Verteidigung ausgeben müssen. Ganz konkretes Geld, keine abstrakten Größen. Ich kann diese Erkenntnis niemandem ersparen. Die Richtschnur dabei ist klar: wir haben uns in der NATO auf zwei Prozent verpflichtet. Wir haben dieses Ziel 2014 auf dem NATO-Gipfel in Wales gemeinsam beschlossen. Und der Bundeskanzler hat es in seiner Rede zur Zeitenwende klar festgeschrieben. Zwei Prozent unserer Wirtschaftsleistung für unsere Sicherheit. Auch wenn wir zu Recht darüber reden und wir auch innerhalb der NATO über diese Frage der Finanzierung sprechen – das steht ja 2024 an – dann werden wir sicherlich darüber reden müssen, welche Fähigkeiten brauchen wir denn, um ein starkes Bündnis zu sein, um unserer Verantwortung nachzukommen. Das man das noch präziser indexiert. Das ist richtig! Aber es darf nicht den Blick davon ablenken, dass am Ende des Tages diese Summe notwendig ist. Sie wird präzisiert, sie wird ausdekliniert, aber am Ende brauchen wir dieses Geld. Ohne Wenn und Aber. Und vor allen Dingen: wir brauchen es langfristig, damit auch diese 100 Milliarden, diese Anstrengungen die wir jetzt unternommen haben, nicht vergeblich sind, wenn uns in einigen Jahren womöglich wieder das einholt, was wir gerade erleben.

Auch Bundeskanzler Scholz sprach bei der Bundeswehrtagung über Geld und das, was noch hinzukommen muss: „Doch mit einer besseren Ausstattung der Bundeswehr allein ist es nicht getan. ... Deshalb ist es wichtig, dass wir heute auch darüber reden, was jenseits dieser Mittel noch hinzukommen muss - seitens der Politik, seitens der Bundeswehr und - das ist mir wichtig - auch seitens unserer Gesellschaft, um unser Land und unser Bündnis sicherer zu machen. ... Der Kernauftrag der Bundeswehr ist die Verteidigung der Freiheit in Europa - oder etwas weniger lyrisch ausgedrückt: die Landes- und Bündnisverteidigung. Alles andere leitet sich aus diesem Auftrag ab. Alle anderen Aufgaben haben sich diesem Auftrag unterzuordnen. Das ist mein Anspruch als Bundeskanzler, und daran werde ich mich auch messen lassen. Und weil ich Klartext versprochen habe, füge ich hinzu: Zugleich wünsche ich mir, dass diese Vorgabe auch Ihr Denken und Handeln als militärische Vorgesetzte bestimmt. ... In den vergangenen knapp sieben Monaten seit Russlands Angriff auf die Ukraine ist bereits mehr geschehen als in den Jahren zuvor. Das Sondervermögen ist Realität. Auch meine Aussage, dass wir den Verteidigungshaushalt kontinuierlich auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigern werden, gilt! Damit können Sie planen. ... Als bevölkerungsreichste Nation mit der größten Wirtschaftskraft und Land in der Mitte des Kontinents muss unsere Armee zum Grundpfeiler der konventionellen Verteidigung in Europa werden, zur am besten ausgestatteten Streitkraft in Europa. ... Die NATO bleibt zuständig für die kollektive

Verteidigung des gesamten Bündnisgebietes mit Schwerpunkt Europa. Glaubhafte Abschreckung bleibt dabei das Kernelement.“

Drittens: Dies alles soll stärker in europäische Kooperationen eingebettet werden, wofür Deutschland von seinen Rüstungsexport-Dogmen Abstand nehmen muss

Nachdem der Kanzler in seiner Prager Europa-Rede am 29.08.2022 bereits eine entsprechende Andeutung gemacht hatte, sagte es Ministerin Lambrecht sehr deutlich: *„Wir müssen Europa aus sich heraus stärker machen. Und dabei ist mir wichtig: auch die EU kann dazu beitragen, dass die Staaten Europas mehr für ihre eigene Sicherheit tun. Wir sollten das voll ausschöpfen. Zum Beispiel bei der Beschaffung. Um gemeinsam besser einkaufen zu können, brauchen wir gemeinsame europäischen Beschaffungs-Agenturen. Wir haben zwei davon: Einerseits die EDA (European Defense Agency) in Brüssel, die wir jetzt stärken, indem wir einen deutschen Vizepräsidenten entsenden. Zum anderen die Agentur OCCAR (Organisation Conjointe de Coopération en Matière d'Armement), bei der wir die Mitgliedschaft auf alle EU-Mitgliedsstaaten ausweiten wollen. ... Und als drittes Beispiel möchte ich den europäischen Verteidigungsfonds nennen. Dieses Geld nutzen wir, um an Fähigkeiten zu forschen und die Entwicklung voranzutreiben. Dieser Fonds sollte m.E. nicht nur von Deutschland stärker genutzt werden, denn das ist deutlich ausbaufähig. Er sollte auch deutlich aufgestockt werden. Die Notwendigkeit dafür liegt in der aktuellen Lage auf der Hand. In der EU gilt ganz allgemein: es sind genügend Instrumente vorhanden. Aber wir, die Mitgliedsstaaten, müssen sie dann auch wollen und nutzen. Die EU, das sind wir! Wir können nicht einfach nach Brüssel zeigen und dann hoffen, dass es irgendwer schon tun wird. Wir selbst sind gefragt. Und das gilt auch für Deutschland. Und das gilt für Deutschland übrigens auch beim Thema Europäische Rüstungskooperation. Unser Ziel in der EU ist es, 35 Prozent unserer Investitionen in Rüstung gemeinsam zu beschaffen. Gegenwärtig sind es gerade einmal acht Prozent. Da ist noch richtig viel Luft nach oben. Ich weiß, multilaterale Projekte sind nicht immer leicht zu wuppen. Ich mache meine Erfahrungen in den Verhandlungen, die ich führe. Und doch geht es nicht anders, wenn wir mehr bekommen wollen für unser Geld. Wenn wir inter-operabel sein wollen. Wenn wir uns teure Dubletten und Parallel-Strukturen ersparen möchten. Wir Deutschen sind da in einer Bringschuld: bis heute machen wir solche Zusammenarbeit dadurch kompliziert, dass wir auf Sonderregeln beim Export von Rüstungsgütern beharren. Aber ich frage: welcher Partner soll mit uns in Projekte investieren, wenn er immer fürchten muss, dass wir den Export verhindern und damit die Refinanzierung erschwert? Mit unserem Wertevorbehalt stellen wir uns über unsere europäischen Partner. Aber was bedeuten europäische Werte überhaupt, wenn wir unseren Partnern sagen: eure Moral reicht uns nicht? Es geht ja nicht darum, an Schurkenstaaten zu liefern. Wenn Frankreich, Italien, Italien und Spanien sagen, das ist vertretbar, dieser Export, können wir uns dann rausnehmen? Ich glaube nein. Hier nimmt uns der europäische Gedanke, den wir aus gutem Grund gerne bemühen, doch auch ganz unmittelbar in die Pflicht. Wir müssen also an die deutschen Export-Regeln ran, um der*

Kooperation bei wehrtechnischen Gütern einen mächtigen europapolitischen Schub zu verleihen.“

Auch Bundeskanzler Scholz betonte in seiner Rede bei der Bundeswehrtagung die Notwendigkeit, von bisherigen Rüstungsexportkontroll-Dogmen Abstand zu nehmen: „Wir Europäer aber müssen innerhalb der NATO deutlich mehr Verantwortung übernehmen. ... Aber Europas künftige Rolle geht darüber hinaus. ... Ein europäisches Hauptquartier gehört dazu, das Einsätze führen kann - sei es eine Evakuierung unserer Staatsangehörigen, sei es eine europäische Beratungs- oder Ausbildungsmission wie im Irak, in Mali oder in Niger. Dazu gehört auch die Nutzung der schon bestehenden Möglichkeiten in den EU-Verträgen, Einsätze einer Gruppe von Mitgliedsstaaten anzuvertrauen, einer ‚Koalition der Entschlossenen‘. Das vielleicht drängendste Problem in Europa aber ist die völlig unübersichtliche Zahl an Waffensystemen und Rüstungsgütern und die Konkurrenz unterschiedlicher Rüstungsunternehmen. Nur der koordinierte Aufwuchs europäischer Fähigkeiten führt zu einem handlungsfähigen Europa. Mir ist hier insbesondere der Bereich der Luftverteidigung wichtig - europäisch koordiniert und als Beitrag zur Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO. ... Als ich in Prag die Organisation zum Management von gemeinsamen Rüstungsvorhaben erwähnt habe, hat sich mancher wohl gedacht: Wovon redet der jetzt eigentlich? Dabei bin ich überzeugt: Diese Organisation hat das Zeug dazu, zum Nukleus einer europäischen Zusammenarbeit in Rüstungsfragen zu werden, wenn - und das ist die Voraussetzung - wir, die Mitgliedsstaaten, es schaffen, unsere nationalen Vorbehalte und Regularien zu überprüfen, was die Nutzung und den Export gemeinsam hergestellter Systeme angeht. Manchen mag das vielleicht überraschen - aber die Bundesregierung ist dazu bereit.“

Fazit aus Sicht der deutschen Sicherheit- und Verteidigungsindustrie:

Angesichts der sicherheitspolitischen Lage Europas und Deutschlands geht es vor allem anderen um die angemessene, schnelle und effiziente Ausrüstung der Bundeswehr, um ihr die für ihre Aufgaben der Landes- und Bündnisverteidigung notwendige Stärke zu verschaffen (Stichwort: Kaltstartfähigkeit). Die Aussage von Bundeskanzler Scholz und Ministerin Lambrecht, dass sie hierfür dauerhaft mindestens 2 % des Bruttoinlandsprodukts erhalten soll, stellt wichtige Weichen für die künftige Haushaltsplanung. Dabei sollte aber nicht vergessen werden, dass wir auf Sicht mit einer nicht unerheblichen Teuerung umzugehen haben und dass die Bundeswehr in den nächsten Jahren zusätzlich zu den bisher geplanten Ansätzen noch ca. 25 bis 30 Mrd. Euro für die Erreichung der Klimaneutralität ihrer Liegenschaften benötigen wird.

Bei der Behandlung der Frage, wie das zugesagte Geld in tatsächliche Ausrüstung umgesetzt werden kann, schwingt vielleicht schon ein bisschen zu viel Selbstgewissheit mit. Das vor der Sommerpause vom Bundestag verabschiedete Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz dürfte für sich alleine das Klassenziel noch nicht sicherstellen. Es muss weiteres Umsteuern bei heute gebräuchlichen Prozessen hinzukommen, um effektive Beschleunigung zu erreichen: Öffnung der

deutschen Bauvorschriften für anderenorts gebräuchliche „marktverfügbare Lösungen“, funktionale Beschreibungen von zu beschaffenden Produkten mit früherer Einbeziehung der anbietenden Industrie zur jeweiligen Lösungsoptimierung und -beschleunigung, konsequentes Nutzen nationaler Beschaffungswege nach Art. 346 AEUV bei definierten nationalen Schlüssel-technologien).

Europäische Kooperationen und eine stärkere Nutzung des Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) sind gute Ideen. Dafür müssen aber zahlreiche Hürden in den BMVg-eigenen Prozessen abgebaut werden, die heute eine effiziente Nutzung dieser Instrumente hemmen. Auch fehlt es im BMVg-Haushalt an der Einräumung eines Titels für deutsche Projekt-Co-Finanzierung, die die EU unter dem EVF bei Beschaffungs-nahen Vorhaben von den beteiligten Mitgliedsstaaten fordert. Mit anderen Worten: Es muss also schnellstens die beträchtliche Lücke zwischen politischer Programmatik und realer Handlungsbasis geschlossen werden. Insbesondere darf dabei die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie gegenüber anderen, teilweise ohnehin von ihren Regierungen besser gestellten europäischen Konkurrenten nicht weiter ins Hintertreffen geraten.

Trotz der sehr guten und ermutigenden Reden gibt es also auch im vermeintlichen Klein-Klein noch sehr viel zu tun, um den programmatischen Vorgaben von Kanzler und Verteidigungsministerin tatsächlich zu entsprechen. Wir als Industrie stehen hier – wie immer – partnerschaftlich bereit, um mit Rat und Tat der Bundeswehr zu ihrer Ausrüstung zu verhelfen. Voraussetzung ist aber, dass man uns auch helfen lässt!

Rede der Verteidigungsministerin, Christine Lambrecht, am 12.09.2022:
<https://www.bmvg.de/de/aktuelles/grundsatzrede-zur-sicherheitsstrategie-5494864>

Rede des Bundeskanzlers, Olaf Scholz, am 16.09.2022:
<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975954/2127306/0cebb25a7f6f14c7c2da36dd1c84a6fa/113-3-bk-bundeswehr-data.pdf?download=1>